



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIN FÜR INNERES

XXIV. GP.-NR

14171 /AB

19. Juni 2013

zu 14455 /J

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

MAG.^a JOHANNA MIKL-LEITNER
HERRENGASSE 7
1014 WIEN
POSTFACH 100
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0501-II/3/2013

Wien, am 17. Juni 2013

Der Abgeordnete zum Nationalrat Vilimsky und weitere Abgeordnete haben am 19. April 2013 unter der Zahl 14455/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Abschiebungen und freiwillige Rückkehr“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

Asylwerber, die nach dem Asylgesetz zum vorläufigen Aufenthalt berechtigt sind, dürfen grundsätzlich nicht zwangsweise außer Landes gebracht werden.

Zu den Fragen 2 bis 5:

Im Jahr 2012 haben 7.321 Personen aufgrund fremdenpolizeilicher Maßnahmen nachweislich das Land verlassen.

Diese Fälle gliedern sich auf in

- freiwillige Rückkehr 3.210 (davon 2.061 Asylwerber bzw. ehemalige Asylwerber),
- zwangsweise Außerlandesbringungen 1.853,
- Zurückschiebungen 1.228 und
- Dublin-Überstellungen in die zuständigen Länder 1.030.

BMI BUNDESMINISTERIN FÜR INNERES